

Krieg kostet Gesundheit und Leben schon im Frieden.

Es gibt genügend Gründe für alle die vom Gesundheitswesen betroffen sind, ob Personal oder potentielle Patienten, sich gegen die Verfeuerung von 100 Mrd Volksvermögen und mehr in Kriegsgebieten und für Profite der Rüstungsindustrie zu wehren. Unabhängig von juristischer und moralischer Beurteilung muss es darum gehen, alle diplomatischen Register zu ziehen, um die Kriege zu beenden. Waffenlieferung in die Ukraine und in den Nahen Osten ist schlimmer als die Hände auf der heißen Herdplatte festschnallen...

Die Initiative „Nein zum Krieg– die Waffen nieder“, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Willi van Oyen, Yusuf As, Christof Ostheimer und viele andere, **rufen auf,**

am 25.11. 2023, dem Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes, gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand und Verhandlungen zu demonstrieren!

Aus dem Aufruf zu dieser Demonstration: „21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt....Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3.Weltkrieg und in ein soziales und, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen!

Der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.` (Willy Brandt)....

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende ihrer Kriegspolitik.

Stattdessen muss sie eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle.....Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen.“

Wir werden uns um entsprechende **Mitfahrgelegenheiten** bemühen – für weitere Infos und wer am 25. 11. an der Demonstration teilnehmen möchte –schickt bitte eine Mail an: mmuench-st@online.de

Nähere Infos unter: www.nie-wieder-krieg.org

Genügend Gründe:

Bis zum 1.6.2023 sind 2250 Kriegsverletzte aus von Nato-Soldaten im Zweifelsfall mehr wert als der Ukraine in EU-Staaten ausgeflogen worden, das der schwäbischen Hausfrau?

ca 750 nach Deutschland. Sie werden nach dem länderübergreifenden Kleeblattkonzept verteilt, das ursprünglich für Verlegung und Behandlung von COVID-19-Intensivpatienten entwickelt wurde, um die Überlastung einzelner Kliniken zu vermeiden. Dabei werden die 16 Bundesländer zu 5 Gruppen (Nord, Ost, Süd, Südwest, West) mit einer Leitstelle zusammengefasst, die für die Zuteilung zu den einzelnen Kliniken sorgt. Das Kleeblatt Nord ist laut NDR bereits ausgelastet.

So werden die Beschäftigten der Kliniken zusätzlich zu den bestehenden Belastungen an Kriegsmedizin gewöhnt...

Die Kosten für die hochaufwendige Behandlung auch der oft mehrfachverletzten, intensivpflichtigen ukrainischen Soldaten werden nicht etwa aus dem Rüstungshaushalt bestritten, sondern das zahlen Sozialämter.

Die Coronapandemie hat einige Defizite in der Gesundheitspolitik offenbart – u.a. mangelnde Vorkehrung für Katastrophenfälle und Pandemien. Als Konsequenz daraus wird die „**Nationale Reserve Gesundheitsschutz**“ (NRGS) eingerichtet, die laut BBK Bevölkerungsschutz 4/2021 u.a. für folgendes vorgesehen ist: „Szenario 2: der sogenannte Bündnisfall. Für diesen Fall hat sich Deutschland zum Beispiel im Rahmen der NATO verpflichtet, den Bündnispartnern zur Seite zu stehen. Dies könnte auch die medizinische Versorgung einer Vielzahl von Verletzten umfassen“.

Darf diese Reserve dann für zivile Zwecke überhaupt angetastet werden? Ist das Leben

Der gesamte Bundeshaushalt 2024 wird dem Rüstungsetat nach Natovorgaben untergeordnet. Während letzterer auf 2% (85,5Mrd€), vom Bruttoinlandsprodukt steigt, werden alle anderen Einzelhaushalte abgesenkt, am meisten der Etat fürs Gesundheitsministerium (Einzelplan 15). Laut Gerald Gass, Vorsitzender der DKG (Deutsche Krankenhausgesellschaft), würde die vom Bundesrechnungshof angemahnte bedarfsgerechte Umorganisation des Krankenhauswesens in Deutschland 300Mrd € kosten. **Aber: Die Ausgaben für Krankenhäuser sind ebenfalls eingefroren, es gibt nicht mehr Geld ins System laut Lauterbach.** Die DRGs (Fallpauschalen) werden nicht abgeschafft sondern lediglich auf einen Anteil von 40% an der Krankenhausfinanzierung gesenkt, die übrigen 60% sollen als pauschale Vorhaltekosten finanziert werden, in Abhängigkeit von der Menge an diagnostischen und therapeutischen Maßnahmen. **Statt 24,5 Mrd€ stehen im kommenden Jahr nur noch 16,2 Mrd € für das Lauterbach-Ministerium zur Verfügung, d.h. über ein Drittel weniger!** Konsequenzen:

- der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds, der die sog. versicherungsfremden Leistungen abdecken soll, wird bei 14,5 Mrd € eingefroren statt z.B. entsprechend der inflationären Entwicklung dynamisiert.
- Der Bundeszuschuss von 1 Mrd € zur sozialen Pflegeversicherung fällt weg, Der vorgesehene Pflegevorsorgefonds wird nicht befüllt.. Der Zuschuß zur Rentenkasse fällt ebenfalls weg.